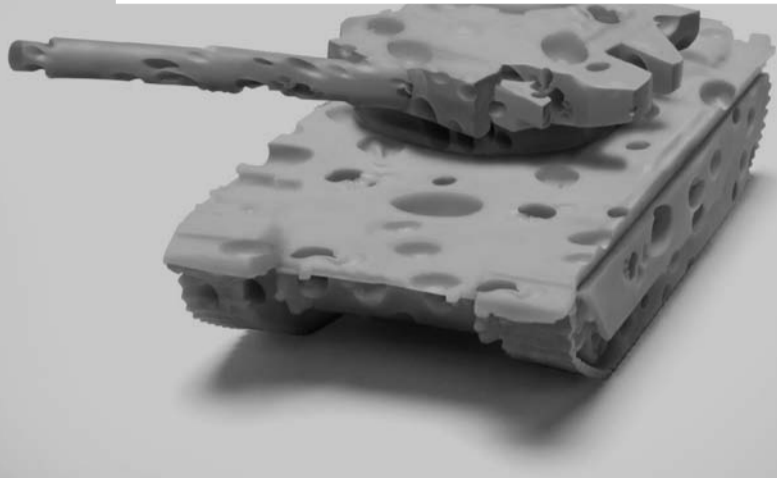


Grünes Bündnis  
 Stadt Bern  
 Postfach 6411  
 Neubrückestrasse 17  
 3001 Bern  
 Tel. 031 301 82 09  
 Fax 031 302 88 78  
 info@gbbern.ch  
 www.gbbern.ch  
 PC 30-37923-6



# gb.links

- Selektionsfreie Volksschule eine Illusion?
- Der «New Deal» muss auch wirklich grün sein
- JA zum städtischen Budget 2010



29. November 2009: JA zum Verbot von Kriegsmaterial-Exporten

## Die Schweiz hat Besseres zu exportieren als Waffen

Franken). Ein friedenspolitischer Skandal, denn Pakistan steht im Kaschmirkonflikt mit Indien, verletzt die Menschenrechte und ist in heftige Kämpfe mit den Taliban verwickelt. 2009 gehört Saudi-Arabien trotz schwerer Menschenrechtsverletzungen zu den grössten Abnehmern von Schweizer Waffen. Und: In den letzten Jahren gingen gegen 80 Prozent der Waffenlieferungen – z.B. Mowag-Schützenpanzer oder RUAG-Handgranaten – in Länder, welche im Irak oder in Afghanistan im sogenannten «Krieg gegen den Terror» oder besser: im «Krieg um Ressourcen» stecken. Mit einem JA zum Waffenexportverbot können wir dieses Geschäft mit dem Krieg endlich stoppen.

Exportverbot direkt und indirekt 5132 Arbeitsplätze betroffen sind. Die InitiantInnen haben das Arbeitsplatzargument aber von Anfang an Ernst genommen. Deshalb sieht die Initiative auch vor, dass der Bund betroffene Regionen und Arbeitnehmende während 10 Jahren in ihrer Umstellung auf zivile Produktion unterstützt. Die Kosten für diese Konversionspolitik bewertet selbst der Bundesrat als «relativ moderat». Volkswirtschaftlich ist die Waffenexportindustrie mit weniger als 0,1 Prozent der Wertschöpfung vernachlässigbar.

zungen haben ergeben, dass mittelfristig im grünen Wirtschaftssektor mindestens 60 000 Arbeitsplätze geschaffen werden können – und dies just in einem Industriebereich, in dem auch die Rüstung angesiedelt ist. Mit den durch die Initiative zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel könnte die militärische nicht bloss in eine zivile, sondern in eine ökologisch nachhaltige Produktion umgewandelt werden. Das ist eine grosse Chance für die betroffenen Unternehmen, die Regionen sowie für die ganze schweizerische Volkswirtschaft. Mit einer Abkehr von Rüstung und ethisch verwerflichen Kriegsgewinnen beschleunigen wir diesen positiven und nötigen Strukturwandel und stärken die Innovationsfähigkeit der Schweiz.

Die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten will das Geschäft mit dem Tod stoppen. Mehr Infos auf [www.kriegsmaterial.ch](http://www.kriegsmaterial.ch)

**Das Ende des Kalten Krieges hat den weltweiten Rüstungswahn nicht gestoppt. Die globalen Militärausgaben haben 2008 mit über 1400 Milliarden Dollar einen neuen Rekord erreicht. Und die Schweiz dreht an der Aufrüstungsspirale mit. Mit einem JA zur Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» setzt die Schweiz ein starkes Zeichen für den Frieden. Aber nicht «nur» das.**

Waffen sind kein Produkt wie jedes andere. Waffen kommen in Kriegen und Konflikten zum Einsatz und bringen unermessliches Leid über die Zivilbevölkerung. Auch Schweizer Kriegsgerät steht in vielen Konflikten im Einsatz: Letztes Jahr hat die Schweiz Waffen im Wert von 722 Mio. Franken exportiert – soviel wie noch nie. Grösster Kunde der hiesigen Rüstungsindustrie war 2008 der Konfliktherd Pakistan (110 Mio.

Die Gegenseite führt gegen die Initiative vor allem ein Argument ins Feld: Arbeitsplätze. Dabei operieren die GegnerInnen mit Fantasiezahlen von bis zu 15 000 gefährdeten Arbeitsplätzen. Fakt ist: Die vom Bundesrat in Auftrag gegebene Studie von BAK Economics Basel kommt zum Schluss, dass vom

Die Herausforderungen für die Zukunft, welche sich dem Globus – und damit auch der Schweiz – stellen sind zahlreich: Hungerelend, soziale Ungleichheit, Klimakollaps und als Folge davon drohende Verteilungskämpfe. Was es jetzt braucht, ist ein entschlossenes Engagement, diese Probleme anzugehen. Dazu gehört auch ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaften («Green New Deal») und Investitionen in ökologisch sinnvolle Technologien der Zukunft. Schät-

Stimmen wir am 29. November JA für eine friedlichere und ökologisch nachhaltigere Schweiz.

Reto Moosmann, GSoA-Sekretär

**AZB 3000 Bern 1**  
 Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern  
 An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

### gb.links

- Mi, 4. November, 19 Uhr, AliBaba40, Gesellschaftsstrasse 40, Bern. **«gb.stammtisch»:** Gemütliches Essen und Plaudern. Infos: [info@gbbern.ch](mailto:info@gbbern.ch)
- Fr, 6. November, 9.30–16.45 Uhr, Unia-Zentrale Egghölzli, Bern. **Globalisierte Lohnarbeit im Privathaushalt – Wege aus der Prekarität.** Tagung des Denketztes und des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks SAH. Infos: [www.gbbern.ch](http://www.gbbern.ch)
- Do, 19. November, 19.30 Uhr, Hotel Bern, Bern. **Staatliche und gesellschaftliche Regulierung nach dem Epochenbruch.** Veranstaltung der Unia Sektion Bern. Referat der feministischen Ökonomin Mascha Madörin. Infos: [www.gbbern.ch](http://www.gbbern.ch)
- Mo, 30. November, 19.30 Uhr, Hotel Bern, Unionssaal 2, Bern. **Künftige Finanzierung der Sozialhilfe: Droht ein Sozialabbau im Kanton Bern?** Org.: GB, AvenirSocial, vpod region bern, IKAS. Infos: [www.gbbern.ch](http://www.gbbern.ch)

### Abstimmungen vom 29. November 2009

<b>Stadt Bern:</b> Produktegruppen-Budget 2010	<b>JA</b>
<b>Kanton:</b> Stimmrechtsalter 16	<b>JA</b>
<b>Bund:</b> Bundesbeschluss zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr	<b>NEIN</b>
Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»	<b>JA</b>
Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»	<b>NEIN</b>

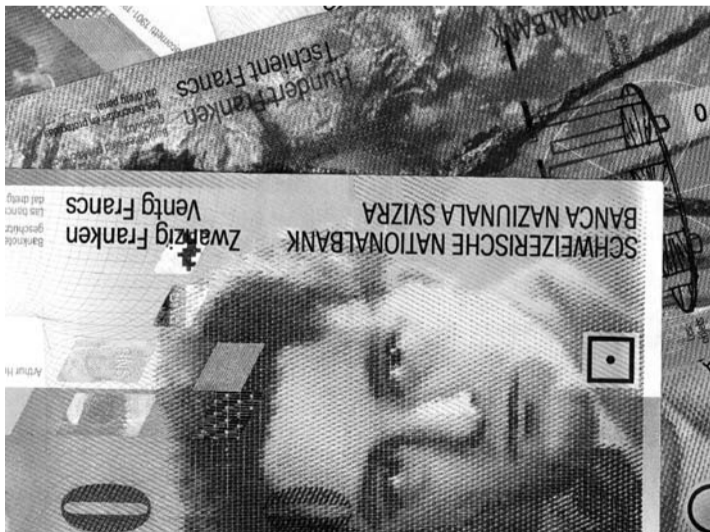
**Talon**

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Adresse: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_  
 e-mail: \_\_\_\_\_

Ich werde **Mitglied** beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.

Ich möchte mich **aktiv** engagieren beim **Grünen Bündnis**. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

### gb.abstimmung



### JA zum Budget 2010

Das Grüne Bündnis sagt **JA** zum ausgeglichenen Budget 2010. Damit kann die Stadt Bern in die Zukunft investieren: Einerseits kann der öffentliche Verkehr nach grünen Prinzipien weiter ausgebaut werden. Andererseits scheut sich die Stadt nicht mit Ausbau, wo in Krisenzeiten vor allem gespart wird: Alterspflege und Kinderbetreuung sollen mehr Gewicht bekommen.

Zahlreiche bürgerliche Sparanträge wurden abgewiesen. Die Fraktion GB/JA! konnte indes zwei wichtige Anträge durchbringen: Als Zeichen für eine nachhaltige Klimapolitik werden nächstes Jahr in der Stadt Bern zwei autofreie Sonntage durchgeführt (Fr. 377 000.–) und um der Wirtschaftskrise die Stirn zu bieten, wird die Stadt einen Pool von Praktikumsstellen für arbeitslose Lehr- und StudienabgängerInnen schaffen (Fr. 450 000.–). Zum ersten Mal ist die Grenze von einer Milliarde überschritten. Im Budget 2010 ist eine Abschreibung des Bilanzfehlbetrags von 25 Mio. Franken vorgesehen. Die Steueranlage bleibt unverändert bei 1.54. Die Schuldenhöhe fällt bis Ende 2010 trotz der Mehrkosten für den Leistungsausbau von 20 Mio. Franken unter 50 Mio. Hasim Sancar, Co-Fraktionspräsident GB/JA!

**Impressum**  
 Redaktionsschluss gb.links  
 6/2009: 26. November.  
 Redaktion: Karin Jenni,  
 Natalie Imboden.  
 Satz und Druck: Genossenschaft  
 Widerdruck, Bern. Lithos:  
 Genossenschaft Graphix, Bern.

### gb.bewegt

- |  |   |   |   |
|--|---|---|---|
| <b>Frauenpolitik</b><br>Montag, 16. November, 19.15 Uhr,<br>GB-Sekretariat | <b>Internationales und Migration</b><br>Kontakt: Ron Ganzfried,<br><a href="mailto:ron.ganzfried@gmail.com">ron.ganzfried@gmail.com</a> | <b>Wirtschaft (kantonale AG)</b><br>Mittwoch, 10. November, 20 Uhr,<br>Sekretariat Grüne Schweiz,<br>Waisenhausplatz 21<br>Kontakt: Thomas Bauer,<br><a href="mailto:tomba@students.unibe.ch">tomba@students.unibe.ch</a> | <b>Nationale Politik</b><br>Kontakt: Hasim Sancar,<br><a href="mailto:sancars@bluewin.ch">sancars@bluewin.ch</a><br><b>Leitender Ausschuss</b><br>Mittwoch, 11. November, 20 Uhr,<br>GB-Sekretariat |
| <b>Ökologie</b><br>Dienstag, 10. November, 19 Uhr,<br>GB-Sekretariat       | <b>Bildung (kantonale AG)</b><br>Montag, 14. Dezember, 18 Uhr,<br>Sekretariat Grüne Schweiz   |   |   |

# Selektionsfreie Volksschule eine Illusion?



Corinne Schärer (links) und Cristina Anliker Mansour (rechts) setzen sich für eine Volksschule ohne Selektion ein.

**Seit Jahren setzt sich das Grüne Bündnis dafür ein, dass alle Schulkinder unabhängig von ihrem Sozialstatus und ihrer Herkunft optimal gefördert werden und gleiche Chancen auf eine gute schulische Laufbahn erhalten. Im Kanton und in der Stadt hat diese Diskussion in jüngster Zeit an Aktualität gewonnen.**

Die Chancengleichheit bei der Bildung ist noch immer nicht gewährleistet. Kinder werden nicht primär anhand von schulischen Leistungen selektiert, sondern auf Grund ihres Wohnorts, ihres Geschlechts und ihrer sozioökonomischen Herkunft. Dass damit ein grosser Teil unserer Schulkinder benachteiligt wird, ist durch zahlreiche Forschungsstudien belegt. Jedes Jahr wird im Kanton Bern durchschnittlich die Hälfte der Kinder durch eine falsche Einschätzung in die Realklassen eingeteilt.

Dies hat schwerwiegende Folgen auf die späteren Bildungschancen und beruflichen Perspektiven dieser Kinder, wie die Langzeit-Studie TREE nachweist. Im September hat der Grosse Rat die Motion «Volksschule ohne Selektion» abgelehnt. Gleichzeitig wurde das Postulat von Corinne Schärer «Integrative Schulmodelle fördern» mit Stichentscheid angenommen. Die Vision Schule ohne Selektion scheint auf der politischen Ebene zurzeit nicht mehrheitsfähig zu sein. Im Juni hat sich aber mit dem Verein Schule ohne Selektion (VSoS [www.vsos.ch](http://www.vsos.ch)) eine neue Lobby gebildet. Der VSoS setzt sich für die Abschaffung der Selektion in der Volksschule ein. Er vernetzt und bündelt die Aktivitäten kommunal, kanton, national und – wo möglich – international. Die Mitglieder verstehen ihre Arbeit als einen Beitrag zu einer Pädagogik der Förderung von Stärken und Potential, mit dem Ziel, die Jugendlichen von Morgen auf ihrem Weg zu starken Erwachsenen zu unterstützen und sie auf eine optimale Selbständigkeit in der Gesellschaft vorzubereiten. Das Grüne Bündnis macht mit Cristina Anliker Mansour aktiv im Vorstand des Vereins mit.

Auch wenn auf kantonaler Ebene eine Volksschule ohne Selektion noch Zukunftsmusik ist, kommen wir in der Stadt Bern doch voran. Seit diesem Jahr wird die Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen geprüft oder in einzelnen Schulen bereits umgesetzt. Leider stehen heute wegen der knappen Kantonsfinanzen für die Integration zu wenig personelle und finanzielle Ressourcen bereit. In der Stadt Bern wurden daher Zweifel und Kritik am

Vorhaben Integration laut. Im Stadtrat forderte eine Allianz aus Mitteparteien und Bürgerlichen sogar, gleich die Modellvielfalt auf der Oberstufe abzuschaffen. Damit wird aber das Kind mit dem Bad ausgeschüttet. Seit der Einführung des Schulmodells 6/3 unter der grünen Erziehungsdirektorin Leni Robert sieht die Stadt Bern drei durchlässige Oberstufenmodelle vor. So können trotz der kantonal vorgesehenen Selektion in Real- und Sekundarschultypus integrativere Oberstufenmodelle erprobt werden. Im Modell Twann (Lorraine und Stapfenacker) werden die Kinder beispielsweise auf der Oberstufe gemeinsam in einer Klasse unterrichtet und der Unterricht wird möglichst individualisiert. Damit haben diese Schulen in der Stadt Bern Pioniergeist bewiesen und zum Gelingen der Herausforderung Integration Vorarbeit geleistet. Und es wäre daher falsch, in der Stadt Bern die Modellvielfalt auf der Oberstufe abzuschaffen. Denn mehr als alle hitzigen Diskussionen werden «Best Practice» Beispiele die Lehrkräfte und Eltern von der Integration und einer Schule ohne Selektion überzeugen. Die Annahme des Postulats von Corinne Schärer «Integrative Schulmodelle fördern» im Grossen Rat ist auch ein Signal in diese Richtung.

Cristina Anliker Mansour, GB-Stadträtin  
Corinne Schärer, GB-Grossrätin



**AKW: Weder alte noch neue**

Vor kurzem wurde in Deutschland gewählt. Zu meinem Erstaunen haben viele WählerInnen ausgerechnet jene FDP belohnt, die mit Marktgläubigkeit, Deregulierungswut und Privilegienreiterei die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise mit ausgelöst hat. Weniger erstaunlich war die Niederlage der schröderisierten Sozialdemokratie. Die unsozialen Arbeitsmarktreformen haben einen Teil der SPD-WählerInnen zu den Grünen und Linken getrieben. Der grösste Teil aber blieb zu Hause. Daraus lernen wir: Wenn rotgrüne Parteien ihre Ziele über Bord werfen, dann verabschieden sich ihre Mitglieder aus der Politik. Glaubwürdigkeit und Engagement sind unser wichtigstes Kapital. Deshalb habe ich mich auch vehement für eine klare Haltung der Stadt Bern zur unbefristeten Betriebsbewilligung des AKW Mühleberg eingesetzt. Der Gemeinderat bekämpft das Anliegen mit einer Einsprache. Gemäss Artikel 8 der Gemeindeordnung ist die Stadt nämlich verpflichtet, «umweltbelastende oder umweltgefährdende Energieträger, wie die Atomenergie, durch einheimische und regenerierbare Energie zu ersetzen». Diese Haltung ist auch wirtschaftlich vernünftig. Der Rohstoff Uran ist nur noch für rund 60 Jahre verfügbar. Investitionen in alte oder neue AKW wären also die nächste Milliardenpleite. Was aber macht in Deutschland die neue schwarz-gelbe Koalition? Wieder auf die Karte Atomenergie setzen. Der politische Kampf ist voll im Gang. Nun ist unsere Überzeugungskraft gefragt!

Regula Rytz, GB-Gemeinderätin

## gb.schulkommission

Die Schulkommissionen sind die unmittelbaren Aufsichts- und Verwaltungsbehörden der Schulen und verantwortlich für deren strategische Führung. Für die sechs neuen Schulkreise der Stadt Bern besteht je eine Schulkommission. Sie lösten am 1. August 2007 die alten Schulstrukturen mit 18 Schulkommissionen und 18 Schulkreisen ab. Neben den sechs Kommissionen besteht eine für die Kleinklassen und den Spezialunterricht und eine für die Heilpädagogische Schule. Das Grüne Bündnis wird in den Schulkommissionen von folgenden Personen vertreten:

SK Bethlehem: **Paola Kobelt Messina** / SK Bümpliz: **Christine Rupp Senften** / SK Kirchenfeld-Schosshalde: **Ruth Bieri** / SK Mattenhof-Weissenbühl: **Natascha Mathis** / SK Breitenrain-Lorraine: **Eva Schärer** / SK Heilpädagogische Schule: **Liselotte Stricker Meuli** / SK Kleinklassen und Spezialunterricht: **Angela Zihler** und **Corinne Dobler** / Gymnasium Kirchenfeld (kant. Sitz): **Vincent Lavanchy**. **Regula Keller** steht dabei als Koordinatorin helfend zur Seite. **Wir danken allen Mitwirkenden für ihr Engagement!**

## gb.stadtrat



**Emine Sariaslan** ist am 17. September 2009 als Stadträtin zurückgetreten. Sie hat das Präsidium des nationalen Forums für die Integration der Migrantinnen und Migranten (FIMM) übernommen und möchte sich künftig stärker in der Migrationspolitik engagieren. Emine Sariaslan war seit Januar 2008 im Stadtrat und engagierte sich als dipl. Sozialarbeiterin, Sozialpädagogin und Gewerkschafterin in der Drogenpolitik, für Sozial- und Altersfragen und für Anliegen von MigrantInnen. **Das GB dankt Emine Sariaslan herzlich für ihre geleistete Arbeit und wünscht ihr alles Gute für die politische Arbeit auf nationaler Ebene.**



Das neue Gesicht in der GB/JA!-Fraktion heisst **Jeannette Glauser**. Sie ist von Beruf Hotelfachassistentin, arbeitete während längerer Zeit auf dem Zentralsekretariat der Grünen Schweiz und heute im Behindertenbereich. Jeannette Glauser will sich – als allein erziehende Mutter eines schulpflichtigen Sohnes – für die Themen von Einelternfamilien, gegen Kinderarmut, für mehr Umweltschutz im Wohnumfeld und für eine kinderfreundliche Stadt engagieren. **Das GB wünscht ihr einen guten Start bei ihrer politischen Arbeit im Parlament!**

**Grüne Köpfe: GB-Grossrat Blaise Kropf, Co-Präsident Grüne Kanton**

## «Der «New Deal» muss auch wirklich grün sein»

**Blaise Kropf vertritt als vpod-Gewerkschaftssekretär die Anliegen der Beschäftigten im Sozialbereich und der Kantonsangestellten. Er ist seit 2002 Grossrat, Mitglied der wichtigen Steuerungskommission und ist einer der profiliertesten Finanzpolitiker. Der Co-Präsident der Grünen Kanton gehört zu den schnellen Läufern am Grand Prix von Bern und ist gerne in den Bergen unterwegs. Der 37-jährige Historiker ist Vater von zwei Töchtern.**

**Was sind deine drei grössten Erfolge in der Kantonspolitik?**

Ein Highlight der laufenden Legislatur war der Volksvorschlag «Steuersenkung mit Augenmass». Mit einem pragmatischen Gegenvorschlag ist es uns gelungen, eine auf Spitzenverdiener ausgerichtete Steuergesetzrevision zu einer sozialverträglichen Lösung zurechtzubiegen und die Ertragsausfälle der öffentlichen Hand zu reduzieren. Wichtig war zweitens die Revision des Volksschulgesetzes mit dem Ausbau des Tagesschulangebots. Drittens haben die Grünen Kanton Bern soeben das Zustandekommen der Initiative Bern erneuerbar gesichert; diese Initiative wird der Energiepolitik viel Schub verleihen.

**Die Grünen Kanton sind knapp vierjährig und mit über 18 000 Unterschriften für Bern erneuerbar bereits initiativfähig. Das Erfolgsrezept?**

Energiepolitisch ist im Kanton Bern viel zu lange nichts gelaufen. Zwar hat der Regierungsrat 2004 eine Energiestrategie präsentiert, die aber vom Grossen Rat schnöde zurückgewiesen wurde. Der Erstauflage



Blaise Kropf als Redner an der 1. Mai-Feier 2009 in Bern, die erstmals seit langem wieder auf dem Bundesplatz stattgefunden hat.

des Energiegesetzes erging es ebenso. Der Erfolg von Bern erneuerbar zeigt, dass die Bevölkerung endlich mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien will; die Initiative trifft den Nerv der Zeit. Vor allem aber: Ohne die unzähligen SammelaktivistInnen unserer Ortsparteien wäre dieser Sammelerfolg nicht möglich gewesen.

**Alle reden vom «Green New Deal» als Antwort auf die Wirtschaftskrise. Was muss im Kanton Bern gemacht werden?**

Vorerst müssen wir schauen, dass es überhaupt zum «New Deal», zu einer antizyklischen Investitionspolitik kommt. Die Schulden- und Defizitbremse zwingt den Kanton diesbezüglich in ein sehr enges Korsett. Sodann müssen wir sicherstellen, dass der «New Deal» auch wirklich grün ist. Gefragt sind nicht Strassenneubauten, sondern Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

**Als Gewerkschafter kämpfst du für gute Anstellungsbedingungen und Qualität in den Kinderkrippen. Warum fordert der vpod mehr Geld für die Kinderbetreuung (1% des BIP)?\***

Neben dem gleichstellungspolitischen Nutzen bringt familienergänzende Kinderbetreuung einen grossen integrations- und bildungspolitischen Mehrwert: Kinder erwerben bereits vor der Einschulung elementare Sprachkenntnisse, soziales Verhalten usw. Das ist aber nur dann möglich, wenn eine qualitativ gute Betreuung – und kein blosser Hüteservice – angeboten wird. Dafür braucht es mehr Geld.

**In Bern steigen die Krankenkassenprämien dieses Jahr besonders stark. Was muss die Politik tun?**

In der Region Bern gibt es im Spitalbereich zu viel Rivalität auf wenig Raum. Das Konkurrenzverhältnis zwischen Inselspital und Spital Netz Bern ist weder vom Standpunkt der Gesundheitsversorgung noch in finanzieller Hinsicht sinnvoll. Wegen der KVG-Revision muss Bern ab 2012 zudem einen grösseren Anteil der Spitalkosten finanzieren; dies muss zu einer Prämienreduktion führen.

**Drei politische Wünsche?**

1. Der Grosse Rat beschliesst ein fortschrittliches Energiegesetz. 2. Grüne und SP verteidigen die Mehrheit im Regierungsrat. 3. Der Kanton Bern stimmt der Initiative zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer zu. Interview: Natalie Imboden

\* Petition: [www.kitas-fair-finanzieren.ch](http://www.kitas-fair-finanzieren.ch)